

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 4, 2026

1. Niedersachsen

1.1. Evangelische Kirchen veröffentlichen Erklärung für Demokratie

Die leitenden Theologinnen und Theologen der evangelischen Kirchen in Niedersachsen und Bremen haben eine gemeinsame Erklärung für Demokratie und Menschenwürde veröffentlicht. Das Papier sei ein Bekenntnis zu den Grundwerten der Demokratie und solle zugleich ihre Gefährdungen benennen, teilte die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen in Hannover mit.

Explizit warnt die Erklärung vor „antidemokratischen Tendenzen“ und benennt dabei auch die AfD. Führende Vertreterinnen und Vertreter der Partei äußerten sich verfassungsfeindlich und rechtsextremistisch, heißt es in der Erklärung. „Nach unserer Überzeugung ist die AfD für

Christinnen und Christen nicht wählbar“, schreiben die Unterzeichnenden.

Die Bischöfe Thomas Adomeit (Oldenburg), Ralf Meister (Hannover), Oliver Schuegraf (Bückeburg), Bischöfin Christina-Maria Bammel (Braunschweig) sowie Kirchenpräsidentin Susanne Bei der Wieden (Leer) und Kirchenpräsident Bernd Kuschnerus (Bremen) betonen, die freiheitlich-liberale Demokratie sei als Form politischen Zusammenlebens unübertroffen. Sie habe über Generationen Frieden und Vielfalt in Deutschland ermöglicht. „Mit Sorge beobachten wir, wie Wut, Ausgrenzung und Verachtung den gesellschaftlichen Zusammenhalt untergraben“ ([mehr](#)).

1.2. Garbsen: Empörung über Schlachtszenen in einer DITIB-Moschee

In einer Moschee des Religionsverbandes DITIB in Garbsen haben kleine Kinder mit Spielzeuggewehren Schlachtszenen aus dem Ersten Weltkrieg aufgeführt. Die Kriegsszenen wirkten „verstörend“, berichtet die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ). Mehrere kleine Jungen zielten während der Aufführung „mit ihren Spielzeuggewehren auf imaginäre Feinde. Wenig später liegt ein Kind – offenbar als gefallener Soldat – am Boden, bedeckt mit einer riesigen

türkischen Fahne. Betrauert wird es hingebungsvoll von drei kleinen, mit Kopftüchern bekleideten Mädchen.“

Im Hintergrund seien, wie ein mittlerweile gelöscht Video zeige, in großen Buchstaben die Worte „Çanakkale Geçilmez“ (Çanakkale ist unpassierbar) zu lesen. Die Aufführung erinnere an die Schlacht von Çanakkale im Jahr 1915, in dem die Truppen des Osmanischen Reiches die Alliierten bei dem Versuch zurückschlugen, die Dardanellen zu erobern und damit den Weg nach Istanbul (damals Konstantinopel) freizumachen.

Der Blogger Eren Güvercin hatte in den Sozialen Medien als erster auf das Video hingewiesen. Die Moschee inszeniere Krieg als heldenhaftes Abenteuer. Die Kinder würden instrumentalisiert, um nationalistische Mythen zu reproduzieren. „Kleinkinder Krieg spielen zu lassen und den ‚Märtyrertod‘ auf dem Schlachtfeld als religiöses Ideal darzustellen hat in einer Bildungseinrichtung oder einem Gebetsraum nichts zu suchen“, so Güvercin.

Die Moschee antwortete darauf mit einem an Güvercin gerichteten Schreiben. Tatsächlich gehe es hier, so die Moschee, nicht um türkischen Nationalismus, sondern um eine Auseinandersetzung mittels einer „Dramapädagogik“. Man erinnere auf diese Weise an die Opfer und

die Verteidigungsbereitschaft des türkischen Volks.

Der Politikwissenschaftler Ismail Küpeli sagte der HAZ, es handele sich eindeutig um politische Veranstaltungen, in denen Kinder für nationalistische und kriegsverherrlichende Propaganda instrumentalisiert würden. Dies passiere nicht zum ersten Mal. Ähnliche Veranstaltungen gebe es landauf landab. Sie seien eingebunden in den Einsatz der Moscheen für die Verbreitung der türkisch-islamischen Staatsideologie, die ihnen von der türkischen Religionsbehörde Diyanet vorgegeben werde. Eine Veranstaltung in einer DITIB-Moschee in Herford hatte 2018 für bundesweite Aufmerksamkeit gesorgt (s. Mitteilungen 5/2018, S. 2–3).

Der niedersächsische DITIB-Landesverband äußerte sich zu der Angelegenheit bisher nicht. Der HAZ sagte er, der Sachverhalt werde derzeit geprüft ([mehr](#)). Garbsens Bürgermeister Claudio Provenzano (SPD) verurteilte die Aufführung. So etwas sei insbesondere im Kontext mit Kindern „unangemessen und nicht akzeptabel“. Ähnlich äußerten sich die Fraktionen im Rat der Stadt Garbsen. Man sei mit dem Vorstand der Moschee im Gespräch, hieß es ([mehr](#)).

1.3. Was sonst noch war

- Göttingen: DITIB-Moschee gibt Lärmgutachten zum geplanten Muezzinruf in Auftrag ([mehr](#))
- Oldenburg: Neu gegründeter „Tisch der Religionen im Oldenburger Land“ startet Reihe „Zu Besuch bei...“ mit einem Besuch beim Yezidischen Forum Oldenburg ([mehr](#))
- Leer: Trauer um Holocaust-Überlebenden Albrecht Weinberg ([mehr](#))
- Grüne in Niedersachsen wollen Bestattungsgesetz modernisieren ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Universität Münster gründet erste deutsche „Islamisch-Theologische Fakultät“

Als erste deutsche Hochschule gründet die Universität Münster zum 1. Juli eine „Islamisch-Theologische Fakultät“. „Die Gründung ist ein Meilenstein für die islamische Theologie, auf den wir stolz sind“, betonte der Rektor der Universität, Prof. Johannes Wessels. „Gleichzeitig ist es ein gesellschaftspolitisches Zeichen für mehr Toleranz, das weit über Münster hinaus beachtet werden wird.“

Der neue Fachbereich geht aus dem „Zentrum für Islamische Theologie“ (ZIT) hervor. Gründungsdekan ist der geschäftsführende Direktor des ZIT, Mouhanad Khorchide, der seit

2010 die Professur für islamische Religionspädagogik innehat. „Das Profil der Universität Münster als Ort der theologischen Vielfalt wird dadurch gestärkt“, unterstrich Khorchide. „Dieser Schritt ist für viele Muslime in Deutschland ein eindrucksvolles und wichtiges Signal der Anerkennung.“

Ausgangspunkt der Gründung des neuen „Fachbereichs 16“ war die Einrichtung des ZIT im Jahr 2012. Drei Jahre später erarbeitete die „AG Theologien“ erste Ideen für eine Weiterentwicklung des Zentrums. 2019 fasste das Rektorat den Beschluss, das ZIT in einen Fachbereich zu überführen. An diesem Prozess waren neben dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Kultur und Wissenschaft der Senat der Universität Münster, der Hochschulrat, der „Konfessionelle Beirat für islamische Theologie“ an der Universität Münster und der Fachbereichsrat des für das ZIT zuständigen Fachbereichs Philologie beteiligt. Auch die Studierenden seien über die Fachschaften und den Allgemeinen Studierendenausschuss einbezogen gewesen, teilte die Universität mit.

Der Betrieb soll zum Wintersemester 2026/27 starten. An der islamisch-theologischen Fakultät werden vier Professorinnen und vier Professoren lehren. Aktuell sind nach Angaben der Universität etwa 450 Studierende eingeschrieben

(Lehramt, theologischer Bachelor- und Master). Als Fakultät habe das Fach „ein deutlich größeres Maß an Selbstständigkeit“, etwa in Bezug auf Prüfungsordnungen, Promotionen und Habilitationen. Zugleich gebe es „eine Vielzahl an Pflichten“, die zu erfüllen seien, etwa in Bezug auf das Lehrangebot und die Akkreditierung der Studiengänge.

Die Islamisch-Theologische Fakultät werde neben der Evangelisch- und der Katholisch-Theologischen Fakultät einer der zentralen Bestandteile des neuen „Campus der Theologien und Religionswissenschaften“ sein, teilte die Universität weiter mit. Der Campus solle sich „in der Stadt des Westfälischen Friedens zu einem Ort der Verständigung zwischen Wissenschaft, Politik und Religion, Medien, Kultur und Künsten entwickeln.“ Gleichzeitig werde dort „eine der weltweit größten Forschungsbibliotheken zum Thema Religion entstehen“ ([mehr](#)).

Der Liberal-Islamische Bund begrüßte die Gründung der neuen Fakultät. Sie sei ein historischer „Meilenstein für die akademische Landschaft Deutschlands“ und „ein Ausdruck der Beheimatung des Islams“ in Deutschland. Die islamisch-theologische Forschung und Lehre leiste seit Jahren wichtige Grundlagenarbeit. Die Wissenschaftsfreiheit ermögliche es, „aus bekenntnisgebundener Perspektive bisherige

theologische Positionen kritisch zu hinterfragen und, wo angebracht, alternative theologische Positionen zu entwickeln.“ Das sei „keine Selbstverständlichkeit und ein schützenswertes Privileg für die hiesigen Muslim*innen“, insbesondere „unter Berücksichtigung der Tatsache, dass in vielen muslimischen Ländern dieser Welt aufgrund autoritärer Staatssysteme die islamische Theologie politischer Beeinflussung ausgesetzt ist und muslimische Theolog*innen in ihrer Gedankenfreiheit eingeschränkt sind.“

Hervorzuheben sei, dass die Fakultät „maßgeblich eine Folge der 2006 vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble initiierten Deutschen Islam Konferenz (DIK)“ sei. Es sei ein Beispiel dafür, „wie eine intelligente Islam- bzw. Religionspolitik positive Ergebnisse bewirken kann“. Abzulehnen sei „die von der gegenwärtigen Führung des Bundesinnenministeriums geäußerte Pauschalkritik an der Islampolitik der letzten 20 Jahre und an der DIK als ‚gescheitert‘.“ Derartige Pauschalkritik füge sich ein „in eine irritierende Neuausrichtung der Islampolitik seitens der neuen Führung des Bundesinnenministeriums“, die einer „an staatspolitischer Verantwortung orientierten Islampolitik nicht gerecht“ werde ([mehr](#)).

2.2. DITIB erteilt 34 weiteren „islamischen Religionsbeauftragten“ die Lehrerlaubnis

Der DITIB-Bundesverband hat den dritten Kurs der zweijährigen Imamausbildung mit einer feierlichen Abschlussveranstaltung in der Zentralmoschee in Köln beendet. 34 Absolventinnen und Absolventen hätten ihre Lehrerlaubnis (Idschaza) erhalten, teilte der Verband mit, 19 Frauen und 15 Männer.

„Mit dem Abschluss der dritten Ausbildungsreihe seit 2020 in Dahlem setzen wir ein starkes Zeichen für die nachhaltige Verankerung qualifizierter religiöser Bildung in Deutschland“, sagte der DITIB-Vorsitzende Ramazan Ilikkan. „Als größte islamische Religionsgemeinschaft tragen wir dabei eine besondere Verantwortung, unser religiöses Personal professionell und zeitgemäß auszubilden – ein Weg, den wir mit bereits 87 Absolventinnen und Absolventen und einem kommenden vierten Jahrgang“ mit 41 Frauen und Männern „konsequent weitergehen“ ([mehr](#)).

2.3. Koordinationsrat der Muslime zieht Bilanz nach 20 Jahren Deutsche Islam Konferenz

Der Koordinationsrat der Muslime (KRM) hat zum 20-jährigen Bestehen der Deutschen Islam Konferenz (DIK) eine kritische Bilanz gezogen und Reformen angemahnt.

Die 2006 vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) gegründete Konferenz sei ein „Meilenstein im Verhältnis zwischen Staat und Muslimen in Deutschland“, so der KRM. Sie habe „einen längst überfälligen Dialog ermöglicht und zugleich dem verfassungsrechtlichen Anspruch der Muslime“ eine Plattform gegeben. Wichtige Impulse der DIK seien gewesen: die Einführung und Ausweitung des islamischen Religionsunterrichts; der Aufbau islamisch-theologischer Studiengänge an Universitäten; Fortschritte im Bereich der Wohlfahrtspflege und Seelsorge. „Allein diese Beispiele zeigen: Die DIK kann auch weiterhin das Potenzial haben, Plattform und Impulsgeber für Teilhabe, Gleichberechtigung und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sein“, sagte der Sprecher des KRM, Laurent Ibra.

Umso kritischer sei zu beobachten, „dass sich der Fokus der Konferenz in den vergangenen Jahren erneut zunehmend auf das Thema ‚Extremismus‘ und sicherheitspolitische Fragestellungen verengt“ habe und dabei „die Stimmen und Mahnungen relevanter muslimischer Akteure und der breiten Basis der Muslime relativiert, gar ignoriert“ habe. Oft werde „die Mehrheit der Muslime, die längst Bürgerinnen und Bürger dieses Staates sind, als eine Gefahr

adressiert, wobei ihre geleisteten und potenziellen Beiträge für die Gesellschaft negiert werden.“

Es brauche daher „eine kluge Neuausrichtung“, so der KRM. „Die Deutsche Islam Konferenz darf nicht zu einem einseitigen Forum werden, in dem vor allem über Muslime gesprochen wird, anstatt gemeinsam mit ihnen auf Augenhöhe Lösungen zu entwickeln“ ([mehr](#)).

2.4. Was sonst noch war

- Islamische Gemeinschaft Millî Görüş veröffentlicht Ratgeber für klimafreundliche Moscheen ([mehr](#))
- Islamrat legt Programmbeschwerde gegen eine BR/KLAR-Dokumentation über „Islamismus“ ein ([mehr](#))
- Wuppertal erteilt Baugenehmigung für Friedhof in muslimischer Trägerschaft ([mehr](#))
- Kassel: Stadt schafft neue Grabfelder für Muslime auf dem Hauptfriedhof ([mehr](#)).

3. Migrationsforschung

Mikrozensus 2025: Mehr als ein Viertel der Bevölkerung hat eine Einwanderungsgeschichte

Im Jahr 2025 lebten in Deutschland rund 21,8 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Das teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) anlässlich der Veröffentlichung von Erstergebnissen des Mikrozensus 2025 mit. Der Anteil dieser Personengruppe an der Gesamtbevölkerung sei im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Prozentpunkte auf 26,3 Prozent gestiegen.

Eine „Einwanderungsgeschichte“ haben nach der seit 2022 geltenden Definition Personen, die entweder selbst oder deren beide Elternteile seit 1950 nach Deutschland eingewandert sind. Davon zu unterscheiden ist die geläufige Kategorie des sogenannten „Migrationshintergrunds“, die auch Personen mitrechnet, bei denen nur ein Elternteil eingewandert ist. Die Zahl dieser Personen lag nach den ersten Ergebnissen des Mikrozensus 2025 bei 25,8 Millionen, das sind 31,3 Prozent (von 82,4 Mio.).

Weitere wichtige Ergebnisse:

– Knapp 20 Prozent der Bevölkerung sind selbst eingewandert. 39 Prozent von ihnen kommen aus den Ländern Polen, Türkei, Ukraine, Russland und Syrien.

– Seit 2005 ist die Zahl der Personen mit Einwanderungsgeschichte von 13 auf 21,8 Millionen gestiegen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung stieg um rund 10 Punkte von 16 auf 26,3 Prozent.

– Personen mit Einwanderungsgeschichte sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung jung: In der Gruppe der 25–34-Jährigen hatte 2025 mehr als jede dritte Person eine Einwanderungsgeschichte. Demgegenüber war es in der Gruppe der über 65-Jährigen nur jede siebte Person (36/14 Prozent).

– Von den selbst eingewanderten Personen im Alter von 25 bis 34 hatten 33 Prozent einen akademischen Abschluss (Gesamtbevölkerung in dieser Altersgruppe: 34). Zugleich hatten 36 Prozent keinen beruflichen Abschluss und befanden sich weder in Bildung noch in Ausbildung (Gesamtbevölkerung in dieser Altersgruppe: 17 Prozent).

Der Mikrozensus ist eine Stichprobenerhebung, bei der jährlich rund 1 Prozent der Bevölkerung befragt wird. Alle Angaben beruhen auf Selbstauskünften der Befragten. Um aus den erhobenen Daten Aussagen über die Gesamtbevölkerung treffen zu können, werden die Daten an den Eckwerten der Bevölkerungsfortschreibung hochgerechnet ([mehr](#)).

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers, Evangelische Agentur,
Interreligiöser Dialog, Prof. Dr. Wolfgang Reinbold, wolfgang.reinbold@
evlka.de, 0511-1241-972, www.evangelische-agentur.de
ISSN 2191-6772